

## **Beschlüsse des DGB-Bezirksjugendausschusses Nord am 20.03.2004 in Hamburg**

Antragssteller aller Anträge: Geschäftsführender DGB-  
Bezirksjugendausschuss Nord am 19.03.2004



**Alle Anträge wurden nach inhaltlicher Erläuterung und Diskussion –und teilweise kleineren Änderungen- einstimmig beschlossen. Die Wahlvorschläge wurden entweder einstimmig oder mit einer Enthaltung gewählt.**

Beschlussfassung zu TOP 3: Berufliche Bildung

Beschluss Nr. 3:

### ***Für die Einführung einer Ausbildungumlage***

*Die DGB-Jugend Nord wird weiterhin für einen Rechtsanspruch auf Ausbildung für alle Jugendlichen und die Schaffung eines auswahlfähigen Angebotes an Ausbildungsplätzen durch die Einführung einer Ausbildungumlage zwischen den Unternehmen eintreten.*

*Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass in den nördlichen Bundesländern jedes Jahr Tausende an betrieblichen Ausbildungsplätzen fehlen die Zahl der ausbildenden Unternehmen weiter sinkt der Staat jährliche mit Steuergeldern in Millionenhöhe Ausbildungsprogramme auflegt, schulische Alternativprogramme finanziert und betriebliche Ausbildungsplätze finanziell fördert, während sich immer mehr Unternehmen aus der Verantwortung stellen.*

*Ziel einer Ausbildungumlage muss es sein, das vom Bundesverfassungsgericht 1980 als „auswahlfähig“ definierte Ausbildungsplatzangebot von 112,5 Ausbildungsplätzen auf 100 Bewerber zu erreichen. Ein Gesetz für eine Ausbildungumlage muss diese Quote zum Ziel haben und eine für die Zielerreichung geeignete Form der Ausbildungumlage vorsehen.*

*Die DGB-Jugend Nord fordert die Landesregierungen in Hamburg und Schleswig-Holstein auf, ihre ideologisch motivierten Widerstände gegen die Einführung einer Ausbildungumlage aufzugeben und sich endlich den Problemen der Jugendlichen in ihren Bundesländern zuzuwenden. Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern wird aufgefordert, eine klare politische Aussage für die Einführung einer Ausbildungumlage zu treffen.*

*Die DGB-Jugend Nord wird weiterhin mit Aktionen für die Einführung einer Ausbildungumlage werben und die politischen Entscheidungsträger nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.*

Beschluss Nr. 4:

*Der DGB-Bezirksjugendausschuss Nord stellt folgenden Antrag an den DGB-Bezirksvorstand Nord und fordert den Vorsitzenden des DGB Bezirks Nord, Peter*

*Deutschland auf, bis zu einer entsprechenden Beschlussfassung im Bezirksvorstand das Bündnis für Ausbildung nicht zu unterschreiben:*

### **Ausstieg aus dem Bündnis für Ausbildung in Schleswig-Holstein**

*Der DGB Bezirksvorstand Nord*

- *bekannt sich zur Politik des DGB Bundesvorstandes zur Einführung einer Ausbildungsumlage.*
- *kritisiert auf das schärfste die falsche Darstellung der Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein durch die Ministerpräsidentin Heide Simonis und Wirtschaftsminister Bernd Rohwer. Insbesondere weist der DGB Bezirk Nord die Behauptung zurück, es gebe in Schleswig-Holstein kein Ausbildungsproblem.*
- *wird sich nicht weiterhin als Feigenblatt für die ablehnende Position der Landesregierung zur Ausbildungsumlage missbrauchen lassen.*
- *fordert den Bezirksvorsitzenden auf, ein Gespräch mit der Ministerpräsidentin über eine Korrektur ihrer Position zu führen.*
- *beschließt –für den Fall des Scheiterns des Gespräches- den sofortigen Ausstieg aus dem Bündnis für Ausbildung in Schleswig-Holstein.*

*Zur Begründung des Antrags:*

*Die Landesregierung in Schleswig-Holstein gehört bundesweit zu den schärfsten Gegnern einer Einführung der Ausbildungsumlage. Die Ministerpräsidentin Heide Simonis hat wiederholt ihre Ablehnung einer Ausbildungsumlage mit dem Hinweis bekräftigt, es gebe kein Ausbildungsproblem in Schleswig-Holstein. Das Wirtschaftsministerium hat in Pressemitteilungen wiederholt behauptet, es sei das Verdienst der Landesregierung und des Bündnisses für Ausbildung, dass die Ausbildungsumlage in Schleswig-Holstein unnötig sei.*

*Die tatsächliche Situation ist eine andere:*

*Die Zahl der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse (Stichtag 31.12.03) stieg zwar um 0,5% oder real +98 Stellen, gleichzeitig stieg jedoch die Zahl der Bewerber 2003 um +6%, absolut 1093. Das Verhältnis von betrieblichen Stellen zu den Bewerbern sank auf 83 Ausbildungsplätze pro 100 Bewerber. Das ist ein 10-Jahre-Negativrekord!!! Nach Informationen des LAA Nord kamen 2003 50% aller BewerberInnen nicht aus dem gleichen Schulabgängerjahrgang. Die Ausgaben für staatliche Auffangprogramme betrugen nach Angaben des LAA Nord über 27 Mio. Euro.*

*Das Bündnis für Ausbildung ist eine Ansammlung von unzureichenden Standardmaßnahmen ohne entscheidende Wirkung. Das war auch das Ergebnis der Beratung im DGB Bezirksvorstand Anfang März 2004, der Nachbesserungen insbesondere in der Zielsetzung verlangte. Der konkrete Schaden für die Jugendlichen in Schleswig-Holstein wird sich bei einem Ausstieg aus dem Bündnis in Grenzen halten.*